

Sozialkonferenz des Kantons Zürich Jahresbericht 2024

Sozialpolitische Aktivitäten	4
Vernehmlassungen/Empfehlungen	6
Öffentlichkeitsarbeit	7
Zusammenarbeit mit kantonalen Entscheidungsgremien	8
Arbeitsgruppen	10
Delegationen	13
Kursangebot	15
Sommertagung 2024	16
Zusammenkunft der Sozialvorstände und Jahrestagung 2024	18
Organe/Finanzen	20

Editorial

Geschätzte Mitglieder der Sozialkonferenz des Kantons Zürich Werte Leserinnen und Leser

Ein Jahresbericht wird geschrieben, um einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse, Entwicklungen und Erfolge zu geben, aber auch um Weichen für die Zukunft zu stellen.

Gerade im Jahr 2024 trifft diese Zukunftsvision exakt zu, eine Arbeitsgruppe und der Leitende Ausschuss haben sich ausführlich mit der Erarbeitung der neuen Tätigkeitsschwerpunkte (2025 – 2028) auseinandergesetzt. In mehreren Workshops wurden die Themen, welche die Sozialkonferenz des Kantons Zürich für die nächsten Jahre beschäftigen werden, evaluiert, diskutiert und zusammengestellt. Die im Herbst des Jahres erfolgte Vernehmlassung in den Gemeinden wurde für Rückmeldungen rege genutzt: Die Schlussabstimmung über die definitiven Tätigkeitsschwerpunkte wird dann an der Mitgliederversammlung am 3. Juli 2025 erfolgen.

Die wichtigsten Ereignisse im abgelaufenen Jahr waren sicherlich unsere Tagungen. Diejenige im Sommer stand im Zeichen von «Status S», diejenige im Herbst wurde dann zu den beiden Themen der interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und Arbeitsmarktbehörden sowie der Betreuung im Alter abgehalten. Dass der Nachmittagsteil an der Jahrestagung im Herbst erstmals zusammen mit der Gesundheitskonferenz des Kantons Zürich (GeKo) stattfand, macht uns besonders stolz. Vernetztes Denken und Arbeiten ist für einen Erfolg unabdingbar.

Im aktuellen Jahresbericht finden Sie neben den oben erwähnten Themen auch Antworten und Lösungsansätze, welche wir auf die im vergangenen Jahr drängenden Fragen wie zum Beispiel Roma & Status S; bessere Zusammenarbeit über alle drei föderalen Staatsebenen im Asylwesen oder auch angepasste Nebenkostenempfehlungen, die wir als SoKo mit den Gemeinden, aber auch in Kooperation mit verschiedensten Akteuren wie dem Kanton, Verbänden oder Hilfswerken entwickeln konnten.

Herzlich danken wir allen, die in Zusammenarbeit mit der SoKo wichtige Beiträge zur Entwicklung der Sozialpolitik und -hilfe im Kanton Zürich geleistet haben.

Das Co-Präsidium der Sozialkonferenz Kanton Zürich
Corinne Hoss-Blatter und Daniel Knöpfli



Corinne Hoss-Blatter und Daniel Knöpfli

Sozialpolitische Aktivitäten

Die lang gewünschte Harmonisierung der Asylfürsorge/Asylsozialhilfe für vorläufig Aufgenommene wurde erreicht. Die verschiedenen Themen werden in den SoKo-Gremien aber weiterhin diskutiert. Aufgrund der Erfahrungen mit der neuen Vorgabe werden aktualisierte Empfehlungen geprüft.

Die Sozialkonferenz (SoKo) setzt sich seit Jahren für eine Harmonisierung der Asylfürsorge/Asylsozialhilfeansätze im Kanton Zürich ein. Im Berichtsjahr ist die schon lange geforderte Harmonisierung betreffend «vorläufig aufgenommener Ausländer und Ausländerinnen», gelungen. Der Regierungsrat hat in der Asylfürsorgeverordnung (AfV) festgelegt, dass der Grundbedarf der Asylfürsorge/Asylsozialhilfe, mindestens 70 % der einheimischen Bevölkerung bzw. des Grundbedarfs gemäss den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) beträgt. Dies entspricht den langjährigen Empfehlungen der SoKo. Die Asylansätze sind an die Teuerung gekoppelt, wie sie jeweils in der Sozialhilfe vollzogen wird. Die Rechtsgleichheit im Zusammenhang mit der Asylfürsorge/Asylsozialhilfe ist nun in allen 160 Gemeinden bezüglich Höhe des Grundbedarfs und der Geldleistungen gewährleistet. Die SoKo bewertet die lang erwartete Harmonisierung sehr positiv.

Vorderhand wird die SoKo keine neuen Empfehlungen herausgeben, nachdem die Harmonisierung gelungen ist. Nichtsdestotrotz sind die Asylempfehlungen der SoKo nach wie vor Diskussionsgegenstand in den SoKo-Gremien und Themen wie beispielsweise die Energiekosten werden nach wie vor diskutiert. Im Jahr 2025 sollen Erfahrungen mit der neuen Vorgabe gesammelt werden und im Anschluss eine Revision der SoKo-Asyl-Empfehlungen geprüft werden.

Die Rückforderungen der Vorsorgertaxen beschäftigten die Gemeinden und den Kanton auch im Jahr 2024 weiterhin. Die diesbezüglichen Anliegen der Gemeinden brachte die SoKo über diverse Gremien bei der kantonalen Bildungsdirektion sowie beim Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) regelmässig ein. In Zusammenarbeit mit dem Verband der Gemeindepräsidenten (GPV) stellte die SoKo ihren Mitgliedern zudem Faktenblätter und Tipps zu möglichen Vorgehensweisen für die Rückforderung der Vorsorgertaxen zur Verfügung. Da aus Sicht der SoKo in jeder Gemeinde individuell entschieden werden muss, auf welchem Weg die Rückforderungen gemacht werden, verzichtete sie bewusst auf die Herausgabe konkreter Empfehlungen.

Die SoKo engagierte sich zudem auch im Berichtsjahr in verschiedenen Gremien bezüglich des Kinder- und Jugendheimgesetzes (KJG) für die Anliegen der Gemeinden. Aus fachlicher Sicht wird das Gesamtkostenmodell weiterhin als richtig erachtet. Für die SoKo ist es auch künftig wichtig, dass man die Möglichkeit erhält, bei der Versorgungsplanung und bei der Evaluation des KJG mitzuwirken.

Bezüglich der Armut im Kanton Zürich setzt sich die SoKo nach wie vor dafür ein, dass aufgrund empirisch zusammengetragener Daten argumentiert werden kann. Die Neuorganisation der Sozialhilfestatistik des Bundesamtes für Statistik (BfS) und die geplante Neugestaltung des Sozialberichts des Kantons Zürich bieten sich an, im Rahmen der Neuerungen auch einen Zürcher Armutsbericht aufgrund von Steuerdaten zu integrieren.

Die SoKo verzichtete bewusst auf die Herausgabe von konkreten Empfehlungen zur Vorgehensweise bei der Rückforderung der Versorgertaxen. Jede Gemeinde muss individuell und unter Einbezug der politischen Entscheidungsträger/-innen entscheiden, wie sie dabei vorgeht.

Durch verschiedene Austauschformate zwischen der SoKo, der Sicherheitsdirektion, dem kantonalen Sozialamt (KSA) und weiteren Akteuren hat die SoKo wiederholt auf die Herausforderungen im Asylwesen in den Gemeinden hingewiesen. Die gemeinsame Verantwortung auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene stösst zunehmend an ihre Grenzen. Seit Beginn der Ukraine Krise sind die im Zuge der Neustrukturierung des Asylwesens festgelegten Prozesse und Ziele nicht mehr umsetzbar. Daher ist die SoKo dezidiert der Ansicht, dass der Bund seiner Verantwortung im Asylwesen gerecht werden muss.

Auf kantonaler Ebene engagierte sich die SoKo auch im Jahr 2024 aktiv in der Begleitgruppe Asyl- und Ausländerwesen, der Subkoordination Unterbringung sowie weiteren Arbeitsgruppen.

Vernehmlassungen/Empfehlungen

Der Leitende Ausschuss hat am 22. Mai 2024, in Rücksprache mit dem Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) und dem kantonalen Sozialamt (KSA), die Empfehlungen zu den individuellen Auslagen von Minderjährigen und jungen Erwachsenen bei Platzierungen in Familien- und Heimpflegeangeboten nach KJG, angepasst. Die Anpassung war nötig aufgrund der geänderten Rechtsprechung des Bundesgerichts (BGE 148 III 353 mit Verweis auf BGE 148 III 270, E.6.5-6.8) und den Anpassungen in den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS (D.4.2) im Zusammenhang mit den Anpassungen der elterlichen Unterhaltspflichten.

Am 7. August 2024 reichte die SoKo ihre [Stellungnahme zur Revision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht \(EG KESR\), zum Haftungsgesetz und zum Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess \(GOG\)](#) bei der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich ein. Die SoKo sprach sich darin für den einstufigen Rechtsmittelzug aus. 24 Kantone setzen heute auf den einstufigen Rechtsmittelzug, der zeit- und ressourcenschonender und dadurch insgesamt kostengünstiger ist. Die SoKo steht zusätzlichen Kosten beim Obergericht zwar kritisch gegenüber, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass bei einem einstufigen Instanzenzug auch Kosten bei Rechtsvertretungen der Verfahrensbeteiligten (inkl. Kindesverfahrensvertretungen) wegfallen. Weiter weist die SoKo darauf hin, dass im EG KESR der Hinweis fehlt, dass die KESB – wenn es der Kanton versäumt, genügend Berufsbeistandspersonen im Kinderschutz zur Verfügung zu stellen – auf Kosten des Kantons Berufsbeistandspersonen ernennen kann. Bei den Gemeinden gibt es diese Möglichkeit seit 2013 und es ist aus Sicht der SoKo wichtig, dass die Gemeinden und der Kanton diesbezüglich gleichbehandelt werden. Bezüglich Perimeter der Berufsbeistandschaftsorganisationen im Erwachsenenschutz, spricht sich die SoKo für analoge Kreise zu den KESB aus, wie dies mittlerweile schon in einigen Bezirken der Fall ist.

Bereits im Jahr 2020 hat sich die SoKo im Rahmen eines Mitberichtes an die Direktion der Justiz und des Inneren des Kantons Zürich (JI) an der Vernehmlassung zu den Empfehlungen zur Organisation von Berufsbeistandschaften der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) beteiligt. Am 18. Juni 2021 hat der Vorstand der KOKES die [Empfehlungen zur Organisation von Berufsbeistandschaften](#) genehmigt. Am 23. Oktober 2024 genehmigte der Leitende Ausschuss auf Anregung aus dem Vorstand die dazugehörige [SoKo-Empfehlung](#).

Am 8. November 2024 reichte die SoKo bei der Bildungsdirektion ihre [Vernehmlassungsantwort zur Parlamentarischen Initiative betreffend Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten](#) (KR-Nr. 209/2021) ein. Die SoKo befürwortet das Ziel des Jugendschutzes und die Gewährleistung der Qualität in der Kinderbetreuung. Die SoKo lehnt jedoch die verlangten Änderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) ab und unterstützt die von der Minderheit der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) vorgeschlagene Beschränkung der Anrechenbarkeit der Praktika auf ein Jahr.

Im Dezember 2024 und anfangs 2025 befasste sich die SoKo nochmals mit [den Empfehlungen zu den individuellen Auslagen von Minderjährigen und jungen Erwachsenen bei Platzierungen in Familien- und Heimangeboten nach KJG](#) und passte dort die Teuerung ab 1. April 2025 an. Ebenfalls über den Jahreswechsel waren die [Stellungnahme der SoKo zur Revision der SKOS-Richtlinien Revisionszyklus 2023-2027, Etappe 2](#) sowie die [Empfehlungen für vorläufig aufgenommene Ausländer/-innen \(VA-A\) mit Aufenthaltsstatus F und Asylsuchende \(AS\) mit Aufenthaltsstatus N](#) (gültig ab 1. Januar 2025) und die [Empfehlungen zu den Unterstützungsleistungen für Schutzbedürftige mit Status S](#) (gültig ab 1. Januar 2025).

Öffentlichkeitsarbeit

Die Sozialkonferenz des Kantons Zürich legt grossen Wert auf den regelmässigen Kontakt und Informationsaustausch mit ihren Mitgliedern sowie den wichtigen Entscheidungsträgerinnen und -trägern für sozialpolitische Themen. Sie informiert deshalb möglichst rasch und umfassend über ihre Tätigkeiten, neue Vernehmlassungen und Empfehlungen in den aktuellen Themenbereichen. Im Jahr 2024 versendete die SoKo insgesamt elf Newsletter. Mit diesen wurden die rund 850 Newsletter-Empfängerinnen und -Empfänger mit den wichtigsten Informationen zu den aktuellen Entwicklungen und Themen rund um die Sozialhilfe und die Sozialpolitik versorgt. Unter anderem war weiterhin die «Ukraine-Hilfe» bzw. die Regelungen im Umgang mit Schutzbedürftigen mit Status S eine wichtige Thematik. Die Unterseite [«Ukraine-Hilfe» auf der SoKo-Website](#) bietet laufend aktualisierte, nützliche Informationen und Empfehlungen für eine praktikable Umsetzung im Sozialwesen. Zudem konnten sich die SoKo-Mitglieder bei offenen Fragen bei der Geschäftsstelle melden. Eine Dienstleistung, die auch 2024 von den Sozialdiensten zu verschiedenen Themenbereichen genutzt wurde.

11

Newsletter versendete die SoKo 2024.

Mit diesen wurden die rund

850

Newsletter-Empfängerinnen und -Empfänger mit den wichtigsten Informationen zu den aktuellen Entwicklungen und Themen versorgt.

Zusammenarbeit mit kantonalen Entscheidungsgremien

Die SoKo begrüsst weiterhin die sehr gute Zusammenarbeit mit der Direktion für Sicherheit und Soziales sowie ihrem Vorsteher, Regierungsrat Mario Fehr. Das Co-Präsidium besprach mit ihm auch an den SoKo-Anlässen teilweise brisante Themen.

Im Berichtsjahr pflegte die SoKo die sehr gute Zusammenarbeit mit der Direktion für Sicherheit und Soziales. Das Co-Präsidium und der Sicherheitsdirektor Mario Fehr besprachen unter anderem brisante Themen rund um das Asylwesen. So waren das innerkantonale Aufnahmekontingent, das Urteil des Verwaltungsgerichts im Zusammenhang mit der Asylunterkunft in Fällanden, der Schutzstatus S, die Planung der Unterbringungsstrukturen auf Kantonsebene, die Verfahrenspendenzen beim Staatssekretariat für Migration (SEM) und auch die Sommertagung zum Thema «Schutzstatus S – ein Sanierungsfall?» sehr aktuelle Besprechungsinhalte. Der Sicherheitsdirektor besuchte wiederum die Jahrestagung der SoKo und delegierte kompetente Mitarbeitende der Direktion an die Sommertagung, was von den SoKo-Mitgliedern sehr geschätzt wurde.

Mit der Amtschefin des kantonalen Sozialamts (KSA), Andrea Lübberstedt, und ihren Kadermitarbeitenden wurde die gute Zusammenarbeit ebenfalls aufrechterhalten. Mit Rainer Linsbauer dem stellvertretenden Amtschef beispielsweise im Rahmen der kantonalen Subkoordination Asyl, mit Brigitte Köppel Papageorigio, Abteilungsleiterin Sozialversicherungen, unter anderem im Zusammenhang mit der Stärkung der Betreuung im Alter (Revision Zusatzleistungsverordnung ZLV) an verschiedenen Anlässen des KSA und mit Nadine Zimmermann, Abteilungsleiterin Öffentliche Sozialhilfe in diverse Themen und natürlich in der Fachgruppe Weiterbildung sowie im Vorstand der SoKo, in denen sie Mitglied bzw. Beisitzerin ist.

Mit Regierungsrätin Jacqueline Fehr, der Vorsteherin der Direktion des Innern und der Justiz (JI) wurde die Zusammenarbeit



vor allem in den Themen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB), Berufsbeistandschaftsorganisationen im Erwachsenenschutz (BBES) sowie im Thema Integration geführt. Vittorio Jenni, Abteilungsleiter Gemeinderecht, Rolf Bieri, KESB-Aufsicht, sowie Nina Gilgen, Leiterin Fachstelle Integration (FI) und kantonale Integrationsdelegierte, waren immer wieder wichtige Personen für den fachlichen Austausch.

Mit den beiden Amtsleitern des neuen Amtes für Arbeit (AFA), Hans Rupp, und des neuen Amtes für Wirtschaft (AWI), Fabian Streiff, wurde ebenfalls eine gute Zusammenarbeit gestartet. Der Amtschef des AFA und die langjährige Leiterin der Geschäftsstelle Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) des Kantons Zürich, Yvonne Wechsler, nahmen beide aktiv an der Jahrestagung zum Thema Interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen Arbeitsmarktbehörden und Sozialbehörden teil.

Sehr erfreulich war im Berichtsjahr die Aufnahme einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der SoKo, des AFA und der FI zum Thema Integration von vorläufig Aufgenommenen, Flüchtlingen und Personen mit Status S (AG VAFlüS), die im Zusammenhang mit dem bundesrätlichen Ziel der Erwerbsquotenerhöhung von Personen mit Status S ins Leben gerufen wurde.

Auch die Zusammenarbeit mit Bildungsdirektorin Silvia Steiner wurde fortgesetzt. Themen waren die Rückerstattung der Versorgertaxen und die Versorgungsplanung im Zusammenhang mit dem Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG). Auch zum Thema Evaluation des neuen KJG hat sich die SoKo mehrfach eingebracht und erreicht, dass die SoKo in der Echogruppe zur KJG-Evaluation mitwirken kann und gewisse Teile der Evaluation durch unabhängige Externe ausgeführt werden. Das Co-Präsidium traf sich mit der Bildungsdirektorin und dem Amtschef des Amtes für Jugend und Berufsberatung (AJB), André Woodtli, zu verschiedenen wichtigen Themen. Anfangs 2024 vereinbarten Corinne Hoss-Blatter und Daniel Knöpfli sowie André Woodtli, dass der Beisitz des AJB im SoKo-Vorstand nicht mehr permanent durch Matthias Huber, Leiter Kinder- und Jugendhilfe, sondern abwechselnd durch AJB-Mitarbeitende, je nach aktuellen Themen wahrgenommen wird. An dieser Stelle dankt die SoKo Matthias Huber ganz herzlich für seine langjährige Mitarbeit im Vorstand. Auch die gute Zusammenarbeit mit Franziska Brägger, Leiterin Zentralbereich Ergänzende Hilfen zur Erziehung und Alexander Mestre dem Leiter der Zentralstelle zur Abwicklung der Rückforderungen von Versorgertaxen und Projektleiter Umsetzung KJG verdient hier Erwähnung.

Mit der Gesundheitsdirektion (GD) und der Sozialversicherungsanstalt (SVA) wurde die Zusammenarbeit ebenfalls weitergeführt. Wichtige Themen waren unter anderem der Datenaustausch betreffend individueller Prämienverbilligung (IPV), der KVG-Revisionsleitfaden und zusätzlich auch die neu vorgesehenen Meldepflichten im Asylbereich. Zudem wurde mit der Gesundheitskonferenz des Kantons Zürich (GeKoZH) auch im Jahr 2024 der Austausch gepflegt.

Arbeitsgruppen

Die SoKo brachte sich im Berichtsjahr aktiv in Arbeitsgruppen rund um Themen im Asyl- und Ausländerwesen, beim Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) oder beim Kinder- und Erwachsenenschutz ein.

Arbeitsgruppen betreffend Asyl- und Ausländerwesen

Die SoKo engagierte sich im Berichtsjahr in verschiedenen Arbeitsgruppen im Asyl- und Ausländerwesen.

So traf sich die [Begleitgruppe Asyl- und Ausländerwesen](#) unter der Führung der Sicherheitsdirektion einmal pro Semester. Themen waren unter anderem die Unterbringung im Asylbereich, die Mineurs non accompagnés (unbegleitete minderjährige Asylsuchende, MNA), die Nothilfe, der Status S und Themen aus dem Polizei- sowie Sicherheitsbereich – und die Digitalisierung.

Die [Subkoordination Asyl](#) traf sich mind. einmal pro Monat zur Lagebeurteilung im Asylwesen. Mitglieder sind neben der SoKo und dem Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV) beispielsweise die Polizei, diverse kantonale Stellen und die beiden Grossstädte. Der Lead hat das kantonale Sozialamt. Ziel ist die Koordination aller involvierter Stellen im Asylbereich und auch der Austausch zu aktuellen Themen.

Die [Arbeitsgruppe Roma und Status S](#) wurde im Herbst 2023 ins Leben gerufen. Dies, weil es in einigen Gemeinden Probleme mit An- und Abreisen, im Alltag, mit der Schule etc. gab. Die AG, welche auf Anregung der SoKo gegründet wurde, ermöglichte eine schnelle Koordination zwischen diversen kantonalen Stellen (z. B. kantonales Sozialamt (KSA), Fachstelle Integration (FI), Volksschulamt, Kantonspolizei) sowie der Sozialkonferenz und Schulgemeinden. Dank der schnell eingeleiteten Massnahmen, wie beispielsweise die Schaffung einer Meldestelle beim KSA und einem spezifischen Angebot der FI, das sowohl von Gemeindesozialdiensten/Asylkoordinationsstellen als auch von Schulgemeinden genutzt werden kann, beruhigte sich die Situation schnell.

Arbeitsgruppe GD-SVA-SoKo

Vertreter des SoKo-Vorstands trafen sich auch im Berichtsjahr mit Vertretungen der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (GD) und der Sozialversicherungsanstalt Zürich (SVA), um Themen der Schnittstellen zwischen den kantonalen Ämtern und den Sozialdiensten zu besprechen. Im Mittelpunkt standen dabei wiederholt die anspruchsvollen Prozesse im Bereich Krankenversicherungsgesetz (KVG) und Sozialhilfe. Insbesondere brachte die SoKo erneut ihr Anliegen zu einer Revision des KVG-Leitfadens und einer Vereinfachung der Prozesse für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) für Sozialhilfebeziehende ein.

Da das Thema bedarfsgerechter IPV aktuell politisch hohe Aufmerksamkeit erhält, kündigte die GD ihre Bereitschaft an, ebenso das Thema der IPV und Sozialhilfebeziehenden zu analysieren und, wenn möglich, Vereinfachungen im Rahmen einer künftigen Gesetzesrevision umzusetzen.

Ebenso wurde in Aussicht gestellt, dass der KVG-Leitfaden unter Einbezug von Gemeindevertretungen noch im Jahr 2025 überarbeitet werden soll.

Der Dialog verläuft sehr konstruktiv. Im vergangenen Jahr wurden folgende weitere Themen bearbeitet: Vernehmlassung zu neuer Kontierung von KVG-Prämien im Flüchtlingsbereich, Rückmeldungen zur elektronischen Schnittstelle Sozialdienste/SVA Zürich, Rückmeldungen zu Webtool Kamesa sowie Rückmeldungen zum Thema Wechsel in günstigere Krankenkassen. Der Austausch soll auch weiterhin mindestens zweimal jährlich durchgeführt werden.

KJG Taskforce

Ende Januar 2024 traf sich die KJG Taskforce zu einem Austausch über die Entwicklung des Vollzugs des Kinder- und Jugendheimgesetzes mit Regierungsrätin Silvia Steiner. Hauptthema war die Kostenentwicklung beim Kinder- und Jugendheimgesetz, welche bei vielen Gemeinden zu einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung führt. Basierend auf den «Sofrag-Berichten» zur Herleitung des Kostenteilers zwischen Kanton und Gemeinden fordert die Sozialkonferenz seit Jahren eine Erhöhung des Kostenanteils des Kantons an den Gesamtkosten. Silvia Steiner stellte klar, dass der Regierungsrat nicht bereit sei, auf dieses Anliegen der Sozialkonferenz bzw. der Gemeinden einzugehen.

Das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) kündigte seit dem Frühjahr 2023 eine kleine Revision des KJG unter dem Stichwort «KJG Nettoyage» an, um zum Beispiel strittige Fragen zu Wohnsitz- und Anspruchsberechtigungen zu klären. Silvia Steiner informierte die Task Force, dass die Bildungsdirektion auf diese geplante Gesetzesrevision verzichtet.

Begleitgremium Gesamtplanung KJG

Im Berichtsjahr fanden vier Sitzungen des KJG-Gesamtplanungsgremiums statt. Im Zentrum stand dabei die Erarbeitung des Massnahmenplans / Versorgungskonzepts (der Weiterentwicklung der KJG-Angebote), für die Jahre 2026–2029. Im Herbst konnten die teilnehmenden Organisationen zu einem vom Amt für Jugend- und Berufsberatung erarbeiteten Entwurf des Massnahmenplans Stellung beziehen. Gemäss dem Entwurf beabsichtigt die Bildungsdirektion eine Stärkung und einen Ausbau der Leistung «Familienpflege» und eine Präzisierung der Leistung «sozialpädagogische Familienbegleitung». In ihrer Stellungnahme begrüsst die Sozialkonferenz die beabsichtigte Stärkung der Leistung «Familienpflege» und eine Präzisierung der Leistung «sozialpädagogische Familienpflege» sehr, kritisiert jedoch gleichzeitig viele vage Formulierungen und unpräzise Zielsetzungen im Entwurf. Der Massnahmenplan bzw. das Versorgungskonzept 2026–2029 wird im März 2025 von der Bildungsdirektion verabschiedet und publiziert.

Begleitgremium KIP

Im Berichtsjahr wurden im Begleitgremium Kantonales Integrationsprogramm (KIP) unter anderem Themen wie die Projektförderung, die Umfrage zur Sprachförderung, die Weiterentwicklung des Reporting der Integrationsagenda Kanton Zürich (IAZH), Angebote für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (MNA) oder auch die Rückmeldungen des Staatssekretariats für Migration (SEM) zum KIP 3/der IAZH besprochen. Schwerpunkte waren das Fördersystem für Geflüchtete (IAZH), das KIP 3 mit dem Asyl- sowie dem Integrationsförderkreditbereich (IFK) oder auch das Monitoring der IAZH

2023. Weitere Themen waren das Entlastungsangebot im Zusammenhang mit ukrainischen Roma und auch die Zusammenarbeit der Fachstelle Integration (FI), der SoKo/Gemeindesozialdienste und dem Amt für Arbeit (AFA) mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV). Dazu wurde unter dem Lead des AFA die Arbeitsgruppe «VAFlüS» ins Leben gerufen, die sich unter anderem mit dem bundesrätlichen Ziel der Erhöhung der Erwerbsquote von Personen mit Status S befasst. Daniel Knöpfli, der seit über sieben Jahren die SoKo im KIP-Begleitgremium (KIP-BG) vertritt, wird sein Amt im KIP-BG im Jahr 2025 an Pascal Scattolin aus dem Leitenden Ausschuss der SoKo übergeben.

KESB-Gemeinden

Während des ganzen Berichtsjahrs waren die Kindes- und Erwachsenenschutzböden (KESB) ein fixes Traktandum in den Vorstandsitzungen der SoKo. Regelmässig berichteten Rolf Bieri von Seite Aufsichtsbehörde der KESB und Esther Studer von Seite KESB-Präsidiën-Vereinigung (KPV) über aktuelle Themen.

Die KESB-Trägerschaften widmeten sich im Jahr 2024 den Themen: Zukunft der KESB-Trägerschaftstreffen und Möglichkeiten im Kinderschutz bei hochstrittigen Eltern. Regierungsrätin Jacqueline Fehr und SoKo-Co-Präsident Daniel Knöpfli begrüßten die Teilnehmenden und die Referentin Martina Suter vom Berner Zentrum für Familien in Trennung (ZFIT) zur traditionellen SoKo-Veranstaltung. Das [Projekt ZFIT](#) hat zum Ziel, vorgelagerte Interventionsinstrumente zugunsten von Kindern zu schaffen, die unter schwierigen Trennungen und Scheidungen leiden. Es sollen schnellere Verfahren innert überschaubarer Zeit ermöglicht werden, damit Konfliktskandalationen vermieden werden können. Weiter besteht die Zielsetzung einer besseren Vernetzung aller beteiligten Akteure (u. a. aus Sozialarbeit, Psychologie, Pädagogik, Rechtswissenschaften, Medizin) sowie die Beschreitung eines gemeinsamen Wegs von Gerichten und KESB zusammen mit den beteiligten Personen und Institutionen. Das Beratungsangebot adaptiert dabei den kindorientierten Ansatz von Daniel Pfister-Wiederkehr. Die Präsentationsunterlagen dazu finden Sie [hier](#).

Weiter sprachen die KESB-Trägerschaften über ihre von der SoKo durchgeführten Treffen. Diese finden seit 2012 unter der Federführung der Sozialkonferenz statt. Ursprünglich wurden sie für den interkommunalen Aufbau der 13 KESB im Kanton Zürich geschaffen. Bis zum nächsten Treffen wird sich eine Arbeitsgruppe mit Vertretungspersonen aus den KESB-Trägerschaften, dem Gemeindeamt (KESB-Aufsicht) und der SoKo über die Zukunft der Treffen austauschen – mit dem Ziel, beim Treffen im Jahr 2025 entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.



Delegationen

Die SoKo pflegte auch im Berichtsjahr den Austausch in und mit externen Organisationen und Kommissionen, um sich aktiv bei der Diskussion über relevante Themen einzubringen.

Stiftung Chance

Nach der feierlichen Eröffnung der modernen und funktionalen Räumlichkeiten in Glattbrugg im Januar 2024, widmete sich das Team der Stiftung Chance wieder mit voller Energie der Arbeitsintegration von Stellensuchenden. Besonders stark gewachsen ist das Interesse an den akkreditierten Programmen für Menschen mit Fluchthintergrund. Dank vorausschauender Personalplanung konnten die steigenden Anmeldungen effizient bearbeitet und den Teilnehmenden zeitnah die Unterstützung geboten werden, die sie für den Einstieg in den Schweizer Arbeitsmarkt benötigen. Der Weg in die Berufswelt verlief nicht immer reibungslos. Häufig stellten unzureichende Deutschkenntnisse eine Herausforderung dar und standen den Berufswünschen im Weg. Gemeinsam mit den Teilnehmenden erarbeitete die Stiftung Chance alternative Lösungen, um neue Perspektiven für eine erfolgreiche Integration zu schaffen.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass aufgrund der wirtschaftlichen Abkühlung wieder vermehrt Langzeitarbeitslose in den Programmen der Stiftung Chance angemeldet werden. Dennoch ist man überzeugt, dass der Arbeitsmarkt derzeit mehr Chancen bietet als je zuvor.

Gesundheitskonferenz Kanton Zürich (GeKo ZH)

Die GeKo ZH konnte im Jahr 2024 ihr fünfjähriges Bestehen feiern. Die SoKo und die GeKo ZH sind weiterhin gegenseitig in ihren Vorständen vertreten. Da die gesundheitspolitischen und sozialpolitischen Themen auf kommunaler Ebene eng miteinander verknüpft sind, ist dieser regelmässige Informationsaustausch sehr wertvoll. Dies zeigte sich auch an der gut besuchten gemeinsamen Jahrestagung mit dem Schwerpunktthema «Betreuung im Alter».

Im Vorstand und in den Ausschüssen der GeKoZH stand weiterhin die Pflegefinanzierung im Fokus – insbesondere im ambulanten Bereich, also bei der Spitex und der Unterstützung durch pflegende Angehörige. Hinzu kam die Umsetzung der am 1. Januar 2025 in Kraft getretenen Anpassung der Zusatzleistungsverordnung (ZLV). Diese Neuerung ermöglicht es Seniorinnen und Senioren mit bescheidenen finanziellen Mitteln länger selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld zu leben, indem ihnen zusätzliche Massnahmen im Bereich Hilfe und Betreuung zur Verfügung stehen. Für die Abklärung dieser Massnahmen wurden den Gemeinden die notwendigen Abklä-

rungsinstrumente bereitgestellt. Viel Raum nahm im Jahr 2024 auch die kantonale Pflegeheimbettenplanung ein, die sich nun in der Vernehmlassungsphase befindet.

Kommission für Behindertenfragen

Die beratende Kommission des Regierungsrates nahm ihre Arbeit in neuer Zusammensetzung im Januar 2024 auf und traf sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen. Sie begleitete die Umsetzung des per 1. Januar 2024 in Kraft getretenen Selbstbestimmungsgesetzes (SLBG) basierend auf den ersten Erfahrungen mit dem neuen System. Sie stellt die Partizipation von Betroffenen sicher und setzt sich mit übergeordneten Trends und Entwicklungen auseinander.

Zum Aktionsplan Behindertenrechte 2022–2025 zeigte eine Evaluation, dass eine Weiterführung der Arbeiten zur Umsetzung der UNO-BRK im Kanton Zürich angezeigt ist, um das bisher Erreichte konsequent und nachhaltig weiterführen zu können. Positiv wurde angemerkt, dass sich alle Direktionen und die Staatskanzlei am Aktionsplan beteiligen und auf dem richtigen Weg sind, wenn auch noch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und uneinheitlichen Ergebnissen.

Kursangebot der SoKo

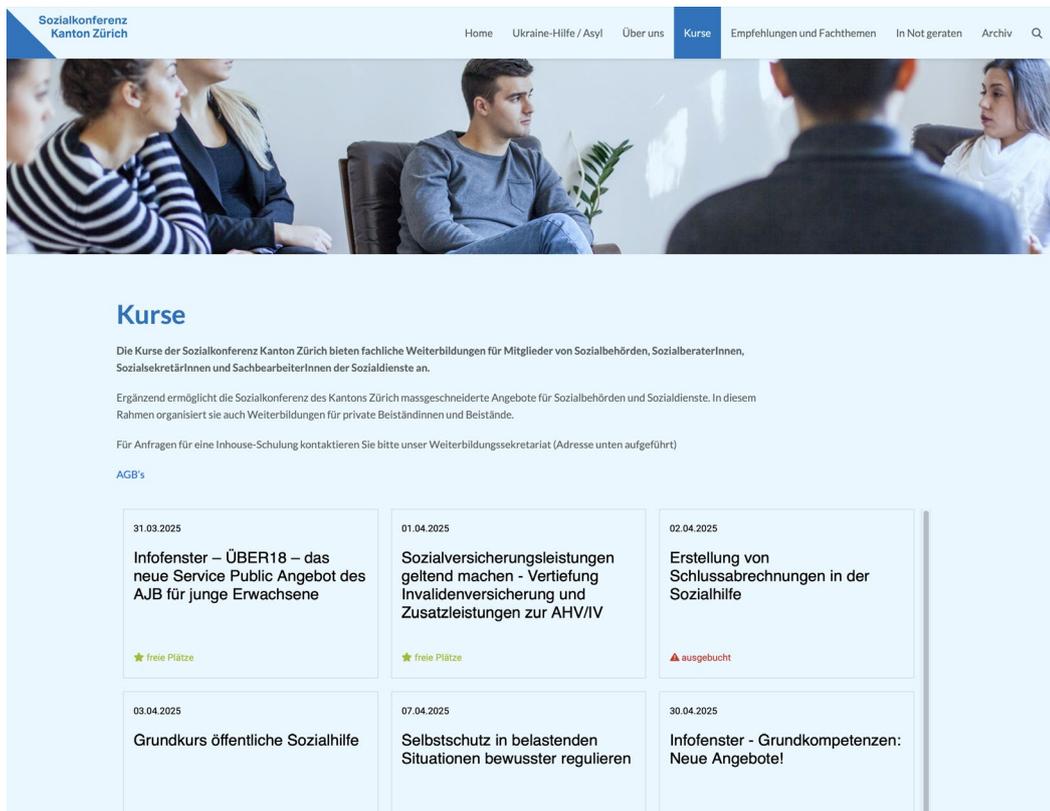
Die Kursauslastung im Jahr 2024 war insgesamt sehr positiv, was zeigt, dass das Kursangebot der SoKo die Bedürfnisse der Gemeinden und Fachpersonen gut abdeckt. Die Herausforderungen im sozialen Bereich bleiben weiterhin hoch, und die Sozialkonferenz setzt sich mit ihrem Kursangebot dafür ein, gezielte Unterstützung zu leisten. Besonders wertvoll ist, dass die Kursleiterinnen und Kursleiter überwiegend aus der Praxis kommen und ihre Fachkenntnisse direkt einbringen.

Zwei Kurse mussten aufgrund zu geringer Anmeldezahlen abgesagt werden. Alle anderen Kurse konnten mit erfreulich hoher Teilnehmerzahl wie geplant durchgeführt werden.

Im Oktober 2024 wurden die neuen Kurse für das Jahr 2025 festgelegt. Gleichzeitig bleibt die AG Weiterbildung flexibel, um auf aktuelle Themen zu reagieren – sei es mit zusätzlichen Kursen oder durch kurzfristig organisierte «Infenster», einem Online-Format zu aktuellen Themen.

Im Jahr 2024 kam die AG Weiterbildung zu insgesamt drei Sitzungen zusammen. Ende Oktober fand zudem ein «ReferentInnentreffen» statt, an dem auch die AG Weiterbildung teilnahm. Neben der Vernetzung und dem fachlichen Austausch wurden dabei wertvolle Ideen zur Weiterentwicklung des Kursangebots erarbeitet. Ergänzend dazu fanden mehrere Austauschgespräche mit der Federas Beratung AG statt, um Optimierungsmöglichkeiten in den einzelnen Aufgabebereichen zu erörtern.

Ein herzlicher Dank gilt allen Mitgliedern der AG Weiterbildung für ihr engagiertes Mitwirken, Thomas Bichler für die gute Koordination der Kurse sowie Katarina Jankovic von der Federas Beratung AG für ihre Unterstützung im Sekretariat.



Kurse

Die Kurse der Sozialkonferenz Kanton Zürich bieten fachliche Weiterbildungen für Mitglieder von Sozialbehörden, SozialberaterInnen, SozialsekretärInnen und SachbearbeiterInnen der Sozialdienste an.

Ergänzend ermöglicht die Sozialkonferenz des Kantons Zürich massgeschneiderte Angebote für Sozialbehörden und Sozialdienste. In diesem Rahmen organisiert sie auch Weiterbildungen für private BeiständInnen und Beistände.

Für Anfragen für eine Inhouse-Schulung kontaktieren Sie bitte unser Weiterbildungssekretariat (Adresse unten aufgeführt)

AGB's

<p>31.03.2025</p> <p>Infenster – ÜBER18 – das neue Service Public Angebot des AJB für junge Erwachsene</p> <p>★ freie Plätze</p>	<p>01.04.2025</p> <p>Sozialversicherungsleistungen geltend machen - Vertiefung Invalidenversicherung und Zusatzleistungen zur AHV/IV</p> <p>★ freie Plätze</p>	<p>02.04.2025</p> <p>Erstellung von Schlussabrechnungen in der Sozialhilfe</p> <p>▲ ausgebucht</p>
<p>03.04.2025</p> <p>Grundkurs öffentliche Sozialhilfe</p>	<p>07.04.2025</p> <p>Selbstschutz in belastenden Situationen bewusster regulieren</p>	<p>30.04.2025</p> <p>Infenster - Grundkompetenzen: Neue Angebote!</p>

Sommertagung 2024

An der Sommertagung der Sozialkonferenz des Kantons Zürich vom 27. Juni 2024 im Kirchgemeindehaus in Zürich-Altstetten stand das Thema «Status S – ein Sanierungsfall?» im Zentrum. Rund 125 Vertreterinnen und Vertreter von Sozialbehörden und Sozialdiensten diskutierten über diese Verbundaufgabe, die auf dem Prüfstand steht.

Wie schon im vergangenen Jahr wurde die SoKo-Sommertagung 2024 im Kirchgemeindehaus in Zürich-Altstetten durchgeführt. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung begrüßte Co-Präsident Daniel Knöpfli am 27. Juni 2024 rund 125 Vertreterinnen und Vertreter von Sozialbehörden und Sozialdiensten zur traditionellen SoKo-Veranstaltung. Daniel Knöpfli führte durch die Tagung zu den aktuellen Themen rund um den Status S. Die Sommertagung ermög-



lichte den direkten Kontakt zwischen den Gemeinden, der kantonalen Sicherheitsdirektion und der kantonalen Baudirektion sowie dem Staatssekretariat für Migration. So informierte Christine Schraner Burgener, Staatssekretärin des Staatssekretariats für Migration (SEM), in ihrem Referat über den aktuellen Stand der aufgenommenen Flüchtenden mit Status S, die aktuelle Praxis des SEM und das Ziel des Einbezugs der Gemeinden und Städte nach der Asylgesetzrevision. Cornelia Frei, Co-Abteilungsleiterin Recht und Verfahren des Amts für Raumentwicklung berichtete in ihrem Referat über «Baubewilligungen in der Asylkrise». Irène Schwitler-Bandli, Stv. Generalsekretärin der kantonalen Sicherheitsdirektion referierte zum Thema «Verbundaufgabe Asylwesen». Innerhalb von zwei Jahren hat sich der quotenrelevante Bestand von asylsuchenden Personen/VA und Personen mit Status S mehr als verdreifacht. Die Lage im Asylwesen bleibt sehr anspruchsvoll und kann nur im Verbund von Bund, Kanton und Gemeinden gemeistert werden. Philipp Müller, Stadtrat Dietikon, berichtete aus der Sicht einer Agglomerationsgemeinde über die grossen Herausforderungen im Asylwesen, mit denen die Städte und Gemeinden konfrontiert sind.

Die nachfolgende Podiumsdiskussionsrunde mit allen Referentinnen und Referenten sowie Jörg Kündig, Präsident des Verbands der Zürcher Gemeindepräsidenten (GPV), wurde dazu genutzt, die Bedürfnisse der Gemeinden und Städte in der aktuellen Krise zu unterstreichen. Ein reichhaltiger Apéro – der Raum für weitere Diskussionen bot – rundete die gelungene Sommertagung ab.



Zusammenkunft der Sozialvorstände und Jahrestagung 2024

An der Jahrestagung der Sozialkonferenz des Kantons Zürich vom 28. November 2024 tauschten sich in Winterthur rund 160 Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinde-, Stadt- und Sozialbehörden, Bezirksräte sowie Fachpersonen zu den Themen öffentliche Arbeitsvermittlung und Betreuung im Alter aus.

Die Jahrestagung 2024 wurde erstmals gemeinsam von der Gesundheitskonferenz (GeKo) und der Sozialkonferenz des Kantons Zürich (SoKo) durchgeführt. Rund 160 Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinde-, Stadt- und Sozialbehörden, Bezirksräte sowie Fachpersonen trafen sich am 28. November 2024 in der alten Kaserne in Winterthur, um zentrale gesellschaftliche Themen zu diskutieren.

Am Vormittag lag der Fokus auf der öffentlichen Arbeitsvermittlung (öAV), die vor 25 Jahren von den Gemeindearbeitsämtern in die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) überführt wurde. Nach der Begrüssung durch Corinne Hoss-Blatter und Daniel Knöpfli, SoKo Co-Präsidium, eröffnete Simon Röthlisberger, Leiter Steuerung und Führungsunterstützung beim Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), mit einem Referat zur «Strategie öAV 2030» eine Reihe von spannenden Inputreferaten. Simon Röthlisberger beleuchtete die Herausforderungen der öAV, darunter die digitale Transformation, demografische Veränderungen und die Migration. Anschliessend sprach Tindaro Ferraro, Leiter der Sektion Berufliche Integration beim Staatssekretariat für Migration (SEM), über die «Steigerung der Erwerbsquote von geflüchteten Personen» und hob hervor, wie Integration als gemeinsames Ziel von Arbeitsmarkt- und Sozialbehörden gefördert werden kann. Hans Rupp, Amtschef des Amts für Arbeit des Kantons Zürich (AFA), ergänzte die Thematik mit einem Kurzreferat, in welchem er die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen AFA und Gemeinden aus Sicht seines Amtes darlegte. Über die Sicht einer Gemeinde und eines RAV referierten Tom Birchler, Co-Abteilungsleiter Soziales der Stadt Uster, und Verena Dreher, Stv. Leiterin des RAV Uster.

Der Vormittag schloss mit Tischgesprächen unter der Moderation von Daniel Knöpfli, bei denen die Teilnehmenden über konkrete Herausforderungen und Handlungsansätze in der Zusammenarbeit diskutierten, gefolgt von einem Panelgespräch mit allen Referentinnen und Referenten.

Das Nachmittagsprogramm zum Thema «Betreuung im Alter», moderiert durch die Politologin Miriam Wetter, wurde von GeKo-Präsident Mark Wisskirchen und mit einem Grusswort des Winterthurer Stadtpräsidenten Mike Künzle eröffnet. Regierungsrat und Sicherheitsdirektor Mario Fehr berichtete über aktuelle sozial- und alterspolitische Entwicklungen im Kanton Zürich. Das Thema «Betreuung im Alter: eine ganzheitliche Aufgabe» wurde aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Prof. Dr. Carlo Knöpfel von der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) betrachtete das Thema aus

der Forschungsperspektive, während Ständerat Simon Stocker auf die bundespolitischen Rahmenbedingungen einging. Judith Hartmann, Fachperson der Stadt Illnau-Effretikon, ergänzte diese Runde, schilderte die Sichtweise der Gemeinden und betonte die Bedeutung lokaler Ansätze.

Den Abschluss des Nachmittags bildete eine Paneldiskussion mit Regierungsrat Mario Fehr, Ständerat Simon Stocker, den Referentinnen und Referenten sowie mehreren Gemeindevertreterinnen und -vertretern. Diskutiert wurde unter anderem, wie durch integrative Betreuung Vereinsamung und Verwahrlosung im Alter vermieden werden kann.

Die Tagung gab erneut wertvolle Impulse und förderte den Austausch zwischen Behörden und Fachpersonen zu zwei zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die GeKo und die SoKo des Kantons Zürich bedanken sich bei allen Referierenden und Teilnehmenden für das Interesse und diesen wertvollen Austausch.



Organe/Finanzen

Mitgliederversammlung 2024

An der Mitgliederversammlung vom 27. Juni 2024 im Kirchgemeindehaus Zürich-Altstetten standen die Erhöhung des Mitgliederbeitrags sowie eine Teilrevision der Statuten bezüglich Erhöhung der Anzahl Vorstandsmitglieder von 23 auf 25 – und deren Wahl – im Zentrum. Co-Präsidentin Corinne Hoss-Blatter führte erstmals durch die Versammlung und begrüßte 57 stimmberechtigte Mitglieder. Diese stimmten der Erhöhung des Sockelbeitrags von CHF 200 auf CHF 220 sowie der Erhöhung des Beitrags pro Einwohner/in von CHF 0.06 auf CHF 0.08 ohne Gegenstimmen zu. Ebenfalls ohne Gegenstimmen genehmigte die Versammlung die Erhöhung der Anzahl Vorstandsmitglieder. Für die beiden neuen Sitze stellten sich Angela Baumann, Hauptabteilungsleiterin Sozialberatung der Sozialen Dienste der Stadt Winterthur, sowie Gerd Bolliger, Leiter Abteilung Soziales der Stadt Opfikon, zur Wahl. Die Versammlung wählte beide Fachpersonen einstimmig für den Rest der Amtsdauer 2023 bis 2027 in den Vorstand. Nach Art. 8 Ziff. 2 der Verbandsstatuten steht jedem Bezirk ein Sitz im Vorstand zu. Reto Wilden, Vertreter Bezirk Horgen, ist im Herbst 2023 aus dem Gremium zurückgetreten. Der Bezirk meldete als seine Nachfolgerin Claudia Bühlmann. Sie nahm seit Oktober 2023 Einsitz im Vorstand und wurde einstimmig gewählt. Nach der einstimmigen Abnahme der statuarischen Geschäfte – letztes jähriges Protokoll, Jahresbericht und Jahresrechnung 2023 – schloss die SoKo-Co-Präsidentin die Mitgliederversammlung mit einem Dank an die Mitglieder für die Unterstützung und das Vertrauen.

Finanzen

Die Jahresrechnung 2024 schliesst bei einem Aufwand von CHF 352'847.12 (Vorjahr CHF 351'841.70) und einem Ertrag von CHF 394'103.75 (Vorjahr CHF 339'258.80) mit einem Gewinn von CHF 41'256.63 ab (Vorjahr: Verlust von CHF 12'582.90). Der Gewinn wird dem Vereinskonto gutgeschrieben. Dieses beträgt per 31.12.2024 CHF 73'307.26. Der fachliche, organisatorische und administrative Aufwand der Geschäftsstelle sowie des Sekretariates hat sich auf dem Niveau 2023 stabilisiert. Der Bereich Treuhand wurde zu tief budgetiert. Die Mehraufwände lassen sich mit mehr zu verarbeitenden Rechnungen infolge einer höheren Anzahl von Tagungs- und Kursteilnehmenden begründen. Nicht budgetiert war der Aufwand für die externe Beratung von Co-Präsident Daniel Knöpfli bezüglich der Tätigkeitsschwer-

punkte 2025–2028. Hier sind Leistungen von rund CHF 6'700 angefallen. Auf der Ertragsseite fiel das Ergebnis um rund CHF 35'000 besser aus als budgetiert. Dies aufgrund des ausserordentlichen Staatsbeitrags (+CHF 15'000) sowie rund CHF 20'000 Mehrertrag bei den Kurs- und Tagesteilnehmenden. Das Ziel, die Erfolgsrechnung wieder ausgeglichen zu gestalten und das Kapital nicht weiter zu reduzieren wurde mit der Erhöhung des Mitgliederbeitrags per 2024 erreicht.



Vorstandssitzungen

Der SoKo-Vorstand tagte in der Berichtsperiode vier Mal, der Leitende Ausschuss (LA) fünf Mal. Eines der wichtigen Themen war in beiden Gremien weiterhin die Ukraine-Krise und ihre Auswirkungen. Zudem wurden unter anderem auch die Asylfürsorge, die Gesamtplanung KJG, die Einführung eines kantonalen Armutsmonitorings sowie die Tätigkeitsschwerpunkte 2025–2028 eingehend diskutiert.

Der Arbeitslast im Leitenden Ausschuss, der im Laufe des Jahres 2023 auf neun Personen aufgestockt wurde, ist weiterhin hoch. Deshalb wird in Erwägung gezogen, das Gremium mit weiteren Fachpersonen zu ergänzen, um die vielen Themen besser auf die einzelnen Mitglieder verteilen zu können.

Vorstand

Corinne Hoss-Blatter Co-Präsidentin *
Daniel Knöpfli Co-Präsident *
Philipp Müller Vizepräsident, Vertreter Bezirk Dietikon *
Susanne Friedrich Quästorin, Vertreterin Bezirk Andelfingen *
Ronald Alder Vertreter Bezirk Affoltern
Angela Baumann Fachperson Stadt Winterthur
Gerd Bolliger Fachperson Gemeinde Opfikon
Frauke Böni Vertreterin Bezirk Bülach *
Claudia Bühlmann Vertreterin Bezirk Horgen
Anja Buis Fachperson Stadt Uster *
Björn Callensten Vertreter Private Institutionen
Manfred Dachs Fachperson Stadt Zürich
Claude Dougoud Vertreter Bezirk Uster
Nicolas Galladé Vertreter Bezirk Winterthur
Raphael Golta Vertreter Bezirk Zürich *
Urs Gröbli Fachperson Stadt Illnau-Effretikon *
Stephan König Vertreter Bezirk Dielsdorf
Emy Lalli Vertreterin Bezirk Zürich
Markus Morger Fachperson Stadt Wädenswil
Thomas Pally Vertreter Bezirk Meilen
Sandra Reinli Vertreterin Bezirk Winterthur Land
Pascal Scattolin Fachperson Regionale Sozialdienste *
Sylvia Veraguth Bamert Vertreterin Bezirk Hinwil
Sandra Walther Fachperson Stadt Dietikon
Clemens Wangler Vertreter Bezirk Pfäffikon

* Mitglieder des Leitenden Ausschusses

Beisitzer im Vorstand

Rolf Bieri Gemeindeamt (GAZ), KESB-Aufsicht
Mark Eberli Verband der Gemeindepräsidenten (GPV)
Marianne Hostettler Delegierte Gesundheitskonferenz (GeKo)
Esther Studer KESB-Präsidenten-Vereinigung (KPV)
Frank Wittmann ZHAW, Soziale Arbeit
Nadine Zimmermann Sozialamt Kanton Zürich (KSA)

Revisoren

Patric Eisele Bezirk Andelfingen
Remo Moser Bezirk Horgen

Geschäftsstelle

Daniel Knöpfli Leitung

Sekretariat

Federas Beratung AG, Zürich
Karin Gautier Leitung
Katarina Jankovic Administration
Daniela Heinzmann Buchhaltung
Martin Mächler Kommunikation

Impressum

Herausgeberin
Sozialkonferenz des Kantons Zürich

Redaktionskommission
Vorstand der Sozialkonferenz des Kantons Zürich

Redaktion
Sekretariat Sozialkonferenz Kanton Zürich

Gestaltung
www.green-design.ch

Redaktionsadresse
Sozialkonferenz des Kantons Zürich Sekretariat
Räffelstrasse 20
8045 Zürich
Tel.: +41 44 388 71 93
sekretariat@zh-sozialkonferenz.ch
www.zh-sozialkonferenz.ch

